

Die „Volkswacht“
 erscheint wöchentlich 8 mal
 und ist durch die
 Operntheater-Wiese Dampfstraße 6
 und durch Ausleger zu beziehen.
 Preis pro Woche 40 Wgr.
 „ „ „ „ 1.70 Wgr.
 „ „ „ „ 5.10 „ „
 „ „ „ „ 15.00 „ „
 „ „ „ „ 40.00 „ „
 „ „ „ „ 80.00 „ „
 „ „ „ „ 160.00 „ „

Volkswacht

für Schlesien und Posen.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Angelagter Preis beträgt für die ein-
 malige Abnahme über einen
 Monat 10 Wgr. und 20 Wgr. für
 2 Monate, 30 Wgr. für 3 Monate,
 40 Wgr. für 4 Monate, 50 Wgr. für
 5 Monate, 60 Wgr. für 6 Monate,
 70 Wgr. für 7 Monate, 80 Wgr. für
 8 Monate, 90 Wgr. für 9 Monate,
 100 Wgr. für 10 Monate, 110 Wgr. für
 11 Monate, 120 Wgr. für 12 Monate.
 Die Abnahme für die ersten 3 Monate
 muß in Vorauszahlung erfolgen.
 Die Abnahme für die übrigen Monate
 kann in Vorauszahlung oder in 3
 Raten abbezahlt werden.

Verantwortlicher
 Geschäftsführer
 Dr. 1204.
 Postfach-Nummer Breslau Nr. 6822.

Verantwortlicher
 Redakteur
 Nr. 5111.
 Postfach-Nummer Breslau Nr. 6822.

Nr. 136.

Breslau, Montag, den 23. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Es wird Friede!

Das Friedenskabinett.

Es war dem Kabinett Scheidemann nicht beschieden, hinter den Abschluß des Krieges das Siegel zu setzen. An seine Stelle ist das Kabinett Gustav Bauer getreten, dessen erste Aufgabe die Zusammenstellung der Friedensdelegation sein wird, deren traurige Pflicht die Unterzeichnung des Versailleser Vertrages ist. Das neue Kabinett hat keinen Grund, stolz in die Zukunft zu blicken, und Genosse Scheidemann mag sein berühmtes Wiff! ausgestoßen haben, als er sein Ministerbündel schnürte. Die Basis, auf die sich das neue Kabinett stützt, ist sehr eng. Da die Demokraten mit wenigen Ausnahmen gegen die Annahme des Friedens sind, die Unabhängigen aber jede Verantwortung für die Regierung ablehnen, so ruht es, vom Zentrum zu schweigen, lebhaft auf jener Mehrheit in der Fraktion, die sich für die Annahme des Friedens ausgesprochen hat. Auch die Festigkeit dieser Stütze ist bedingt durch die Stellung, welche die Minderheit unserer Partei in Zukunft einzunehmen gedenkt. Selbstverständlich und zu hoffen ist, daß mit der Unterzeichnung der Meinungsfrage begraben und die volle Einmütigkeit der Partei den kommenden schweren Anforderungen gegenüber wiederhergestellt ist.

Die Sozialdemokratie hat mit der Unterzeichnung eine gefährliche Klippe für ihren Bestand umschiffen. Sie wird dann bis auf den letzten Mann geschlossen sein müssen, um die Kämpfe, die ihrer harren, bestehen zu können. Man möchte sich nicht darüber, daß die Gefahr einer Gegenrevolution in letzte Zeit sehr gewachsen ist. Verschiedene ernsthafte Zeichen deuten darauf hin. Sollte sich diese Möglichkeit zum Veruche erheben, so hängt alles von der Schnelligkeit und Unarmherzigkeit ab, mit der solche Erhebungen niedergeschlagen werden, um mit Scheidemann zu reden, „daß sie das Wiederkommen vergessen“. Der Ton der reaktionären Presse ist in letzter Zeit nicht nur über alle Maßen frech, sondern auch drohend geworden, und es gibt im Momente keinen größeren Fehler, als mit einem Rächeln der Geringschätzung daran vorüberzugehen. Wenn, was angenommen werden kann, diese Absichten und Vorbereitungen zur Gegenrevolution bestehen, so muß die Unterzeichnung des Friedens das Signal des Aufstandes sein.

Die Folgen eines derartigen Putsches dürften für das Bürgertum die schmerzhaftesten sein, trotzdem würden sie nicht nur ihre Urheber, sondern das ganze Volk so empfindlich in seinen Interessen berühren, daß es angebracht erscheint, noch einmal jene Kreise, die mit dem Feuer der Gegenrevolution spielen, auf das Eindringlichste vor der Entfesselung des Bürgerkrieges zu warnen. Alles Unglück, das Gegenwart und Zukunft so drückend belastet, ist auf ihr Schuldbüchlein zu buchen, nicht auf das der sozialistischen Regierung, die nichts anderes erstrebt hat, als Frieden und Gerechtigkeit nach innen und nach außen. Will ein gewisses verblendetes Gesindel, das sich nicht an den Gedanken gewöhnen kann, daß sein Herrmentum ein für allemal und unwiederbringlich zu Ende ist, den Krieg, so wird es ihn finden, und die Gungluung ernten, unter den Trümmern des eigenen Wahnsinns zu verenden. Das Kabinett Gustav Bauer ist ein Fels des Friedens, umspült von Gift und Brandung des inneren und äußeren Chauvinismus. Er ist ein Denkmal selbstlosen Willens zur Vernunft, und es gebietet Wohlwille und Unerschrockenheit dem

Willen zu unterwühlen und zu Fall zu bringen. Mit ihm aber fielen das Prinzip, mit dem das Glück und die Weiterentwicklung der Welt untrennbar verbunden sind:

Der Friede!

Der neue Ministerpräsident.

Genosse Bauer wurde am 6. Januar 1870 in Dorthen (Dithmarschen) geboren. Er besuchte die Volksschule und wurde dann Rechtsanwaltsgehilfe. Frühzeitig wandte er sich der sozialdemokratischen Partei zu, wurde Mitbegründer des Verbandes der Bureauangestellten und später dessen Vorsitzender. Im Jahre 1903 wurde er als Sekretär des Zentral-Arbeitersekretariats nach Berlin berufen. Dort wurde er 1908 als Mitglied der Generalkommission berufen, die den Entwurf des Reichsstaatsgesetzes für die Reichsregierung erarbeitete. Im Jahre 1912 wurde er für Breslau-Ost in den Reichstag gewählt. Bei der Neuordnung im Reich, die im September 1918 von dem Prinzen Max von Baden unternommen wurde, kam es endlich auch zur Schaffung des lange geforderten Reichsarbeitsamtes. Die Gewerkschaften wurden über die Person des künftigen Leiters des Amtes befragt und benannten Bauer, der dann zum Staatssekretär ernannt wurde. Nach der Revolution trat Bauer als Reichswirtschaftsminister in das Kabinett Scheidemann ein. Seine ganze Kraft war bisher der Sache der Arbeiter, besonders der Gewerkschaftsbewegung gewidmet, und besonders zeichnete Bauer eine große, sehr auf rechte Möglichkeiten gerichtete Denkweise aus.

Das Kabinett Bauer.

Weimar, 21. Juni. Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Reichsministeriums Bauer, Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller, Inneres Dr. David, Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Erzberger, Reichswirtschaftsminister Wiffell, Reichsarbeitsminister Schlichte, Reichsstaatsminister Mayer-Kaufbeuren, Reichspostminister Wiesner, Reichsverkehrsminister und weiter beauftragt mit der Führung des Reichscolonialamts Dr. Bell, Reichswehrminister Kossel, Reichsernährungsminister Schmidt. Das Reichsjustizministerium ist noch nicht besetzt.

Dem bisherigen Reichskabinett haben von unserer Partei angehört: Bauer (Reichsarbeitsminister), Wiffell, Kossel und Schmidt in den Ministern, die sie auch im neuen Kabinett vertreten, und Dr. David als Minister ohne Portefeuille. Zugeschieden sind Scheidemann und Landberg, neu hinzugegetreten Schlichte und Hermann Müller.

Vom Zentrum sind Erzberger, Wiesner und Bell. Neu eingetreten ist Dr. Mayer-Kaufbeuren.

Die Demokraten sind aus dem Kabinett ganz ausgeschlossen.

Erklärung der Demokraten.

Weimar, 21. Juni. Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hat einstimmig eine Erklärung beschlossen, in der es unter anderem heißt:

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hält den uns angebotenen Waffenfrieden für das größte Unglück, das unser Vaterland treffen konnte. Sie ist überzeugt, daß ein besserer Friede hätte erreicht werden können, wenn die Regierung das „Unannehmbar“ dem Feinde gegenüber mit innerer Entschlossenheit und Folgerichtigkeit vertreten hätte. Dieser ist nach der einstimmigen Ueberzeugung der Fraktion unerträglich und unerfüllbar. Er ist und bleibt nach der Ansicht ihrer übergroßen Mehrheit unannehmbar. Deswegen scheiden wir aus der Regierung aus und es kann bei dieser Sachlage kein Mitglied unserer Fraktion in die neue Regierung eintreten. Die bisherige Koalition hat ihre dringenden Aufgaben erfüllt. Die weiteren Aufgaben, die sich die bisherige Regierungsmehrheit gestellt hatte, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen unserer Grundzüge haben wir auch in Zukunft bereit. Opposition schließlich liegt und fern.

Schlesien in deutscher Hand.

Breslau, 22. Juni. Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westpreußen teilt auf viele Anfragen mit, daß auch nach Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung keinerlei territoriale Veränderungen vor erfolgter Ratifizierung des Friedens stattfinden. Was zu diesem Zeitpunkt bleiben sämtliche schlesische und posenschen Gebiete in deutscher Hand.

Selbstmord der deutschen Flotte.

London, 21. Juni. (Reuter.) Die Admiraltät teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Scapabucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

London, 21. Juni. Reuter meldet anlässlich: Alle in der Scapabucht internierten deutschen Schiffe sind mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Waben“ versenkt worden, während die übrigen drei sich dort befindlichen Schleppdampfer auf Strand gesetzt, 4 sind schwimmend, der Rest versenkt. Der deutsche Kommandant und die meisten Deutschen befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Sterben aufgefördert wurden, weigerten sich, dies zu tun, und wurden beschossen. Eine geringe Zahl Deutscher wurde gefangen und überbracht. Aufsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen als Bunker ohne britische Wachen an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. Ein Telegramm aus Edinburgh meldet: Es waren Vorlesungen getroffen, um die deutsche Flotte am Montag zu besetzen, falls der Friede unterzeichnet werde, da die deutschen Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht inoffiziell vorausgesehen. Amsterdam, 22. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Thurf vom 21. Juni mittags überrichtete das Rote Kreuz eine rote Flagge das Signal für das Versenken der deutschen Schiffe. Die Besatzungen gingen in die Boote und unter dem Mörserfeuer der Besatzungen der Alliierten in das Wasser nach schwammen an die Küste. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus London vom 21. Juni wurde nicht die rote Flagge, sondern die deutsche Flagge gehißt. Alle Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme der „Waben“, die noch treibt, sind gesunken. Das Versenken der Schiffe scheint lange gedauert zu haben, denn das erste Schiff sank kurz nachmittag und das letzte erst um 1 1/2 Uhr.

Welch unangenehme Folgen die unbesorgene Tat für Deutschland haben kann, läßt sich zurzeit noch gar nicht übersehen. Auch beim Waffenstillstandsvertrage bedeutet die Vernichtung militärischen Gutes einen Bruch des Vertrages. Die Gegner können daraus eine Nichterfüllung der Bedingungen herleiten, unter denen der Friede geschlossen werden soll. Das Reichskabinett tritt heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Benachrichtigung der Gegner.

Weimar, 22. Juni. Der Reichsministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung heute nachmittag durch den Gesandten von Spanien gleichzeitig mit dem Abstinenzverbot der Nationalversammlung über die Vertauung eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor eine Entscheidung gestellt, die Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederholung des ersten Weltkrieges. Es will Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens. Angehört der lebensfähigen Rundergebungen der Bevölkerung aus dem im Osten abzutretenden Gebieten steht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortungen für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bevölkerung gegen ihre Abdichtung von Deutschland sich ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderungen der Alliierten unter nachfolgendem Vorbehalt zu unterzeichnen: Das deutsche Volk schwört die Aufgabe, die Alliierten der deutschen Bevölkerung zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß heiliger Abzweigungen, das katastrophal geendet werden kann, und daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Alliierten die Forderungen nicht erfüllen. Die Regierung ist bereit, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, wenn die Alliierten die Forderungen der deutschen Bevölkerung zu erfüllen bereit sind. Die Regierung ist bereit, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen, wenn die Alliierten die Forderungen der deutschen Bevölkerung zu erfüllen bereit sind.

Innerhalb zwei Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages ab gerechnet werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 1 eingesetzt ist, jeweils nach Prüfung ausbreiten. Vor diesem hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten Rechte und Vorrechte genießen wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gehindert wird. Es folgt dann die Zustimmungsfornel der Reichsregierung.

Bedingungslose Annahme gefordert!

Weimar, 20. Juni. Die Antwort auf die Note der deutschen Regierung, die die Bereitschaft zur Unterzeichnung des Friedens mitteilt und gestern Abend um 6 Uhr überreicht worden ist, ist bereits erfolgt. Der Rat der Alliierten besteht aus einem Bedingungslosen Ja oder Nein innerhalb der festgesetzten Frist bis morgen Abend.

Generale für Unterzeichnung.

Wie die Telegraphen-Union meldet, hielten die zurzeit in Weimar anwesenden Führer der Freiwilligenkorps General Groener, Maerker, v. Lüttich, Oberhausen, ferner Admiral von Trotha gestern im Schloß Hofschloß in Gegenwart von Reichswehrminister Postel, Reichsminister Reichardt wiederum eine Besprechung der Lage ab. Dabei hat sich die Mehrheit der Korpsführer für die Unterzeichnung des Vertrages ausgesprochen. Generalleutnant v. Finckhburg hat ein Schreiben gefandt, in dem er sich gegen die Unterzeichnung ausspricht.

Belagerungsstand über Rassel.

Rassel, 21. Juni. Laut dem Bericht des Generalleutnants über den Belagerungsstand der Belagerungsbatterien verhängt werden. Die notwendige militärische Sicherung des Besshofes usw. ist erfolgt. Neber die Vorgänge, die zur Verhängung des Belagerungsstandes in Rassel geführt haben, meldet das Nachrichtenbüro:

Bewachung gestern hier eingetroffene fragewürdige Elemente rotteten sich mittags zu Plünderungen zusammen, die denartig planmäßig angefaßt wurden, daß man die jetzige Plünderung eines Geheißes bald nach Beginn aufgab und ihre Fortsetzung dem Janhagel überließ. Nach den Plünderungen im Zentrum wurde man dazu auch mehrere Warenhäuser in der Nähe aus. Die Sicherheitsorgane waren als erste machtlos und beschuldigten sich auf die Verhängung der öffentlichen Ordnung. Versuche, das Ansehen der Ordnung zu retten, in dem die Schmerztroster weilen, wurden abgewiesen. Ebenso mußten die Spartenführer vor dem Volkshochschulrat wieder abtreten, wogegen es ihnen gelang, ein Mitglied des Präsidiums in die Hände zu bekommen. Im Laufe der Nacht mußte der Straßenverkehr eingestellt werden. Die Sicherheitsorgane konnten bis Mitternacht an und es gab eine Anzahl Tote und Verwundete auf Seiten der Besatzung, während die Sicherheitsmannschaften nur zwei Leichtverletzte meldeten. Wegen Mitternacht gelang es, die Hauptfrage zu klären und die Aufrechter vor dem Hauptpostamt zu betreiben, gegen das mehrfach Schüsse abgegeben worden waren.

Plünderungen in Martheim.

Martheim, 21. Juni. Schwere Plünderungen sind heute hier vorgekommen. Angehört die Besatzungsbatterien herabzubringen, wurden die Besatzungsbatterien und Kommandos der Besatzung in die Plünderungen eingeschaltet. Die Plünderungen wurden in der Nacht des 20. Juni begonnen und dauerten bis heute Morgen. Die Plünderungen wurden in der Nacht des 20. Juni begonnen und dauerten bis heute Morgen. Die Plünderungen wurden in der Nacht des 20. Juni begonnen und dauerten bis heute Morgen.

Friedensitzung der Nationalversammlung.

Deutsche Nationalversammlung.

Schwarz, 22. Juni, 12 Uhr mittags:
Zur Regierungstisch: Bauer, Engelberger, Hermann Müller, Rose, Schäfer, Doll, Robert Schmidt, Mayer, Gieseler, Wiffel, Döhr, Döhr, Döhr, Döhr, Döhr.

Präsident Feilerbach eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Das Haus ist stark besetzt, die Redner sind überfüllt.

Vorbereitung: Gegenübernahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Ministerpräsident Bauer:

Der Reichspräsident hat auch mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Als Mitglieder der bisherigen Regierung kann ich ihrer Tätigkeit keine Anerkennung spenden, wohl aber den auscheidenden Ministern, besonders dem Ministerpräsidenten, die besten Wünsche.

Wort an meine Kameraden

Ich habe hingehört und aufopferungsvolle Tätigkeit nicht verstanden. (Beifall.) In diesen Tagen ist auch die Arbeit der Friedensdelegation eingeleitet. (Beifall.) Der Eintritt des Kabinetts Scheidemann erfolgte, weil gegenüber dem Friedenswunsch keine einheitliche Haltung mehr vorhanden war. Die Ansichten des Kabinetts standen sich nicht getrennt nach Parteien, sondern nach dem Verantwortungsbegriff jedes Einzelnen gegenüber. Die Antwort auf die Frage, was für das deutsche Volk unerträglich sei, ist die Antwort der Ablehnung, was innerlich der Verzicht im Kabinettsbündnis vertrieben. Ich habe von uns und mit es

ein schwerer Kampf

gegen empörendem Gefühl und Kühler Überzeugung. Unendlich schwer für uns alle war der Entschluß der neuen Regierung beizutreten, deren erste und schnellste Aufgabe sein muß, den Unrechtsfrieden zu beseitigen. Die Not von Land und Volk haben uns zusammengeführt. Die Parteien Deutschlands sind nicht einem regierungslosen chaotischen Zustand überlassen, aus dem es keine Rettung mehr zu geben hätte. Wir haben die nicht aus Parteinteressen, sondern aus Ehrgefühl, aus dem Bewußtsein, daß es unsere verdamnte Ehre ist,

zu retten, das zu retten ist.

Wir bekennen ausdrücklich, daß die Deutsche demokratische Partei an der Regierung nicht teilnimmt. Die Regierung, deren Präsidenten wir überlassen ist die Ehre habe, jetzt sich zusammen aus dem Reichstag mit Sozialdemokraten. Das Programm der neuen Kabinetts bleibt das gleiche, das der Regierung Scheidemann zugrunde lag. (Der Reichsministerpräsident verliest die schon veröffentlichte Ministerliste.)

Wie steht das Kabinetts zu dem Problem des Friedensschlusses? Die Reichsregierung besteht die beste Verbindung der Friedensbedingungen unserer Gegner. Aber wenn ich bei der Überzeugung meines schwersten Kampfes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die:

Sollen Sie die Frage, was die Lösung

nicht zur Verteilung

werden. Glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß die Verantwortlichkeit der Ablehnung völkerr Fremde Charakteren oder Interessenpolitiker seien, glauben Sie aber auf der anderen Seite auch nicht, daß die Frauen und Männer, die sich unter Selbstüberwindung bei der Annahme der Bedingungen haben, feige oder schlapp seien und kein Gefühl für nationales Rechtsbewußtsein hätten. Die Zeit der Ermüdungen und Abzügen ist vorüber. Die Stunde des Handelns ist gekommen, und damit die Stunde der Verantwortung. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß sie vor Gott und Geschichte nur eine verantwortliche Rechtfertigung haben kann, wenn sie nach Prüfung der Sachlage sich schuldig erklärt und nicht nach Parteizusammenhang sich. (Beifall.) In der schärften

Heranziehung des Friedensvertrages,

damit wir unter unerschütterlichem Zwang unsere Unterschrift geben sollen, sind wir uns alle einig. Die Wirkung all unserer Proteste und unserer Bereitwilligkeit, welches geschehen, weiß über jede Billigkeit

hinaus, waren im Verhältnis ganz verschwindende Überlegungen, von Bedrohungen und Beschimpfungen begleitet.

In dieser Stunde auf Leben und Tod, unter drohendem W. nach, zu dem einen ein wehrloses und weisungsloses Volk jedes Rechtsinstrument bereit, erhebe ich

zum letzten Male in einem freien Deutschland

Protest gegen diesen Vertrag der Gewalt und der Vernichtung, Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung des deutschen Volkes, gegen diese neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages.

Wer kann sich noch Demokrat und Sozialist nennen und erhebt sich nicht gegen diese Ausbeutung? Wer kann sich noch Pazifist nennen und kämpft nicht bis zum letzten

gegen diese Kriegserklärung?

Seine Unterschrift entkräftet diesen Protest, den wir für alle Zukunft erheben. (Beifall.) Die Entente hat ihren Vorschlag vom 16. Juni ihr „letzte Wort“ genannt. Seine Ablehnung wäre aber nicht seine Anwendung. (Schrei!) Ein „Nein“ wäre nur eine kurze Hinterschlebung des „Ja“. (Schrei richtig!)

Keine Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht, wohl aber werden wir uns an die feierliche Zusage der Entente halten, daß von Zeit zu Zeit eine Revision des Vertrages eintritt und er neuen Verhältnissen angepaßt werden kann.

Zur Sache der Reichsregierung erkläre ich:

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen. Wir erklären dem Gegner unumwunden: Kein Volk und auch keine der feindlichen Regierungen kann dem deutschen Volk zumuten, einem Friedensvertrag aus innerer Not zu zustimmen, durch den ohne Befragung der Bevölkerung Mitglieder vom Reich abgetrennt, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volk unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen.

Deutschland weicht der Gewalt,

in dem Glauben, dem unglücklich leidenden Volke einen neuen Krieg, die Verzeihung seiner Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie erklärt aber schon jetzt, daß mit ihnen das Maß der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands überschritten wird und lehnt jede Verantwortung gegenüber den Folgen ab, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn sich auch bei schärfer Anspannung des deutschen Volkswillens die Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen herausstellt. Der Artikel 21 des Friedensvertrages, nach dem Deutschland sich als

alleiniger Urheber des Krieges

bekennen soll, wird durch die Unterschrift nicht bedeckt. Unter Verwahrung gegen die Auslieferung des Artikels 21 bis 29 werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 21 bis 29 des Friedensvertrages zu übernehmen.“ Ich bin am Ende. Nur durch einen Vertragsstreit bis zur Grenze unseres Könnens, nur mit dem Willen zur

Arbeit in allen Schichten,

nur mit Disziplin und Pflichtbewußtsein kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. Die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen. Nur der Revolution un-

teressittlichen Bewußtseins wird uns und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporzukommen.

Präsident Feilerbach: Es liegt ein Antrag - Schulz (Soz.) - Groeber (Soz.) vor:

Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Präsident Feilerbach: Der Antrag Abg. Groeber liegt nunmehr in folgender Fassung vor: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Gabe-Breslau (Soz.):

gibt für die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

Dieser trostlose aller Friedensverträge wird nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern und Kindeskindern ein bitteres Schicksal bereiten. Materiell verarmt, moralisch niedergedrückt, geistig gefesselt, gehen wir in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Leiden. Wir Sozialdemokraten, die wir in der Zeit des Siegeslaufes stets für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten sind, sind für die Unterfertigung dieses Vertrages nur um dessen willen, weil wir noch fürchterlicheres ahnen, falls er von uns abgelehnt wird. Er hat uns die Verantwortung für uns beauftragt, sind die Verantwortlichen, die den Krieg herbeigeführt haben:

Kapitalismus und Imperialismus.

Wir müssen den Friedensvertrag ertragen, weil uns jede Widerstandskraft gegen ihn fehlt. Wir sind der Überzeugung, daß schließlich auch die Feinde zu der Erkenntnis gelangen werden, daß diese Friedensbedingungen nicht ausgeführt werden können. Die Absicht einer offenen oder verdeckten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen liegt uns völlig fern. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr ermüdet, als daß wir auch nur auf kurze Zeit der Übermacht der Gegner standhalten könnten. Bei der Ablehnung würden unsere Kriegsgefangenen weiter in fremder Knechtschaft schmachten, aus neue Hunderttausende von

menschen in den Tod getrieben,

unser Land würde verwüstet, die Ernte vernichtet, unsere Volkswirtschaft ihrer letzten Werte beraubt, die Zufuhr von Lebensmitteln würde abgebrochen, ferner würden unsere wichtigsten Eisenbahnen lahmgelegt und damit auch die Versorgung aller unsere Lebensmittel im Lande zur Unmöglichkeit gemacht. Endlich könnten uns unsere Gegner die letzten Kohlen rauben und alle Betriebe stilllegen. Nach kurzer Frist hoffnungslos überhandnehmend müht wir bedingungslos einen noch härteren Frieden unterzeichnen.

Dann würden voraussichtlich die Errungenschaften der Revolution vernichtet, Deutschland gerodet und die Arbeiter unter den höchsten Lasten des härtesten Arbeitsmangels und des Hungers schrankenlos ausgebeutet werden. Der Krieg des Kapitalismus und Imperialismus wird abgeschlossen durch Friedensbedingungen, die der deutschen Arbeiterklasse den Weg zur Erfüllung des Sozialismus versperrten sollen. Deshalb wird es uns besonders schwer, für diesen Friedensvertrag stimmen zu müssen. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle Mitglieder unserer Partei, daß wir bei voller Treue zur Internationale zu unserem Volke stehen und daß wir bereit sind, ihm alles zu opfern.

Direktor vor Kerker und Deportation
sind die Arbeiter in dem besetzten Rheinland für Deutschland eingetreten. Wie alle großen Vorkämpfer unserer Sozialdemokratie, Marx und Engels, Debel und Liebknecht im Gegensatz zu Bismarcks Großpreugentum, so treten wir ein für Großdeutschland. In dieser Schicksalsstunde verlangen wir die Vereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in den Subetanenländern, in Wien und Jugoslawien, in Boszen und Serbien. (Beifall.) Je tiefer das deutsche Volk niedergedrückt ist, desto tiefer werden die deutschen Arbeiter zu

ihm stehen. Verflügelt durch die Ideale des Sozialismus, gekämpft durch die Not wird die deutsche Arbeiterklasse trotz der unerhörten Zumutungen des Friedensvertrages alles an die

Wiederergebung des deutschen Selbst

legen. Die Welt liegt in Trümmern, wir wollen sie neu aufrichten helfen im Geiste der Völkerverständnis, auf der Grundlage des Rechtes, im Einverständnis mit der ewigen Idee der Gerechtigkeit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Feilerbach: Der Antrag Abg. Groeber liegt nunmehr in folgender Fassung vor: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Groeber (Soz.):

Die Zentrumsfraktion stimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird sie unterstützen. Entscheidend für uns war die Vermeidung eines neuen Krieges, der unserem Volke kein besseres Ende bringen würde. (Sehr richtig.) Nicht alle Bedingungen werden sich erfüllen lassen, es muß aber geschehen, was menschenmöglich ist, um den Vertrag durchzuführen.

Er bringt

den Gefangenen die Freiheit

und das Ende der Hungersnot. Auch ihre Fortdauer hätten wir nicht verantworten können. Wir können uns aber nicht dazu hergeben, eine Lüge anzuerkennen, wie die in dem Artikel, nach dem Deutschland der allein schuldige Urheber des ganzen Krieges sein soll. (Beifall.) Wir weisen auch die Schmach und Schande der Auslieferung deutscher an ein feindliches Kriegsgericht wegen angeblicher Verletzungen zurück. Die Annahme dieses Vertrages ist uns bitter schwer geworden. Wir wollen aber eine ehrenvolle Nation bleiben, die im Kränze der übrigen Völker auch vor der Zukunft in Ehren bestehen kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (Dem.):

Die weitabertogende Mehrheit meiner Partei wird dem vorliegenden Friedensvertrage ihre Zustimmung verweigern. Wir haben die Folgen des Ja und des Nein genau geprüft und uns dann gesagt, daß, wenn ein Volk einmal seinem Untergange ins Gesicht blickt, die Verantwortung mit dem Gefühl gesehen muß, in Ehren unterzugehen.

(Zuruf bei den Unabhängigen: Lächerlich, ein Volk kann nicht untergehen!) Wenn jemand die Berufung auf die Ehre unseres Volkes lächerlich findet, so mag er das mit sich selbst abmachen! (Stürmischer Beifall.)

Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob unsere Feinde sich jemals die Unterzeichnung eines solchen Friedensvertrages zumuten lassen würden. Die Antwort haben wir gefunden in einem Ausfall von Garrison in der English Review, der schreibt: „Ich zweifle, daß Briten sich jemals einem solchen Vertrage fügen würden.“ (Beifall, brüllt) Wenn Briten zu Holz und zu vernünftig sind zur Abschließung eines solchen Vertrages, so wollen auch wir zu Holz und zu vernünftig sein. So sind wir in unserer überwiegenen Mehrheit zur Ablehnung des Vertrages gekommen. Darin kann uns auch das Programm der Regierung nicht wanken machen. Ihre Vorbehalte sind nur papieren. Unsere Entschliebung in der Friedensfrage hat unseren

Austritt aus der Regierung

zur Folge gehabt. Wir bilden auf die Periode der Koalitionsregierung der drei Parteien mit dem guten Gewissen der Pflichterfüllung zurück. Wir sind oft bis zur Grenze unserer Überzeugung gegangen und haben das Gefühl, manches Gute geschaffen und manches Böse verhindert zu haben. Oberster Leitern unseres Handelns ist die einseitige Zusammenfassung aller Kräfte unseres Landes. (Beifall.) Eine Zukunftsentwicklung Deutschlands ist aber nur möglich auf der

Grundlage der Freiheit.

Wir lehnen daher jede zwangsweise Gestaltung unserer Wirtschaftsverhältnisse ab, auch wenn sie

Hildas Geheimnis.

von Maria Staben.

Der Herrschaft fiel, als er in die Höhe gezogen wurde, war die Gegenwart nur wenig verändert.

„Das ist das alte Haus zu sehen, brauche ich nicht in den Hof zu gehen“, sprach Gerold. „Meinetwegen hätte Liane hinter bleiben können, wenn dafür die Samen nach vorn gekommen wären.“ „Ja, die Samen“, rief er dann und wies mit dem Finger auf die Stühle. Die Menschen haben ja keine Samen und keine Stühle! Die Frau hat ihr Haar geflochten. Sehen Sie nur, sie ist einen unzerstörten Apfel. Nein, jetzt liegt sie und hält dem Mann den Apfel hin. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

„Das ist das alte Haus“, sagte der kleine Lord

und mochte die Stühle, die der Herrschaft hat. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

Das war gesehen, weil Arabella Kerlington

ihren Kopf schüttelte und ihr druckvolles Haar

über die Stirn schob, um die Bemerkung der Herrschaft zu hören. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

„Das ist das alte Haus“, sagte der kleine Lord

und mochte die Stühle, die der Herrschaft hat. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

Mir fiel eine Kernterlast vom Herzen, als ich Sie heute hier sah. Ich habe mir die bittersten Vorwürfe gemacht, weil ich Charlotte nicht genauere Anweisungen gegeben habe.“

„Liane Anne!“ rief Gerold gellend. „Weshalb verläßt Du mich in dem Gebüsch? Wir haben Dich gesehen! Komm her.“

„Ich nein, ich will nicht“, sagte Lady Liane mit gütlichem Hohn. „Fräulein ist augenscheinlich in einer hochinteressanten Unterhaltung mit dem Grafen begriffen.“

„Fräulein!“ wiederholte der Graf befreundet. Sollte ich mich geirrt haben? Ich habe die Dame für die Komtesse Stolzenberg gehalten und mir deshalb erlaubt, sie anzureden.“

„Das ist keine Komtesse Stolzenberg“, versetzte Lady Anne. „Beleibt kommt eine Zeit, wo es Komtesse vom Hügel und Wajshörte geben wird, denn können Sie diese Person auch Komtesse nennen.“

„Bist Du schon wieder neidisch?“ fragte Gerold. „Scheiß Du nicht, daß der Reich häßlich macht!“

„So darfst Du nicht sprechen, Gerold“, verwies Hilda von kleinen Lord sehr sanft.

Lady Anne war der jungen Erzieherin einen unglücklich verächtlichen Blick zu und sagte:

„Ich bin über Ihren Charakter vollständig im Klaren.“

„Das ist eine Angelegenheit, deren Friedigung keinen Rückschlag duldet“, sagte der Graf sehr ernst.

„So schließt gewöhnlich Herr und Ori sein Mogen, muß ich doch Lady Glenbowder von dem Hof zum Kerker gehen, in dem Sie sich leider befinden, Lady Anne.“

Die Dame schrie. Sie beschrieb erbittert: „Wie eilig er es hat, sein Schicksal in Bezug zu nehmen!“

„Graf Sansterre verbrachte sich zeremoniell und

geraume Zeit warren, bis er sich der jungen Witwe nähern konnte. Als dies geschah, sagte er, im Ton dringlicher Bitte:

„Frau Gräfin, darf ich Sie um ein kurzes Gehör bitten? Meine Worte sind nur für Sie bestimmt.“

„Unter jener Buschgrube können Sie ungehindert reden“, sagte die Gräfin Liebenswürdig. Sie glaubte, daß Graf Sansterre die Mithras begreife, sich mit ihrer Schwägerin zu verloben. Nicht hätte ihr erwünschter sein können. Lächelnd begab sich die Gräfin zu dem bezeichneten Platz, Sansterre folgte ihr. Er sagte:

„Frau Gräfin, durch eine flüchtige Anhaltzeit irreführt, glaube ich in Gerolds Erzieherin eine alte Bekannte zu sehen. Als ich die junge Dame anrede, sah ich sofort meinen Irrtum ein, aber Lady Anne, die mich belauscht hatte, beleidigte die Dame in einer ganz unqualifizierbaren Weise. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, Frau Gräfin, daß die junge Dame, deren Namen ich nicht kenne, nicht das geringste getan hat, das eine so schlimme Behandlung rechtfertigt.“

„Graf, Sie brauchen Fräulein Walbert nicht bei mir entschuldigen“, sagte Lady Glenbowder. Die Dame steht in meinen Augen so hoch, daß die Verleumdung nicht an sie heranzieht, mag sie heranziehen, von wem sie will.“

„Das ist etel geschrieben“, versetzte Sansterre. Er hobte die Gräfin die Hand. Lady Glenbowder lächelte ihn an, wie eine Schwester dem Bruder anläßt, den sie beruhigen will, dann gingen beide zu der Gesellschaft zurück.

Gerold rief einen der Diener an und stellte die Frage an ihn:

„Jamel, wo sind die Samen? Ich will sie sehen.“

„Samen, Lord Gerold?“ fragte der Diener verwirrt. „Woher es ihm zu sein sollte.“

„Wann das unter der Frau ist, ich will die Samen sehen“, versetzte Gerold. Er fing an zu lächeln und lachte:

„Ich bin müde. Die Bilder machen mir keinen Spaß, aber Sie werden sie gewiß sehen wollen, dann werde ich Ihnen zu Gefallen tun.“

Es war Lady Anne gelungen, Hilda das Vergnügen zu gründen zu verderben, daß sie gern mit Gerold ins Schloss ging. Unter anderen Umständen würde es ihr Freude gemacht haben, bis zum Schluß zuzusehen.

„Gedächtnis, Glanzzeiten und die lebenden Lieder der Langmuir bringen in das Zimmer, in dem die junge Leherin einsam saß, denn der kleine Lord lag in seinem Schlafzimmer in einem kleinen weißen Bett. Als Hilda schaute sich trotz ihrer Jugend nicht danach, an dem Vergnügen teilzunehmen aber die Kränkung, die Lady Anne ihr zugefügt hatte, schmerzte sie bitter. Die Furcht quälte sie, daß Lady Anne sie bei Lady Glenbowder anhängen würde. Wenn die junge Witwe den Worten ihrer Schwägerin glauben konnte, dann entließ sie Hilda sofort, wenn sie diese Bitte auch durch ein Geldgeschäft vergoldete, sie blieb doch bitter, wie Galie. Was wäre dann aus der Familie geworden? Hilda hätte ihre Erbschaft getrennt ihren Eltern geschickt, Walbert war auf ihre Kosten drei Wochen in Göttersdorf gewesen, die Frau hatte sehr viel gelostet und nur wenig Erfolg gehabt; die Verlobung, auf die so viel ankommt, hatte zu wünschen übrig gelassen, und Walbert war so unbeschäftigt heimgekehrt, daß seine Gattin höchst ungenügend nach Göttersdorf ging. Sie tat es nur, weil Hilda sie in jedem Briefe darum bat. Die Eltern hatten Hilda beschwiegen, daß Walberts Aufenthalt in Göttersdorf nicht ihren Wünschen entsprochen hatte, und der liebevolle Lächeln hoffte das Beste. Sie wollte nur so viel erlauben, daß ihr Vater einen Winter in Göttersdorf zubringen konnte. Dort fand er aber keinen Erfolg. Wenn Lady Glenbowder sie erlachte, dann konnte Hilda ihren Diebstahlsplan nicht ausführen. Beide Frauen konnten aus Hildas schönen Augen die Diener waren alle in den Gesellschaftsräumen zu sehen. Das kleine Hausmannchen kam jetzt

„Das ist das alte Haus“, sagte der kleine Lord

und mochte die Stühle, die der Herrschaft hat. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

Das war gesehen, weil Arabella Kerlington

ihren Kopf schüttelte und ihr druckvolles Haar

über die Stirn schob, um die Bemerkung der Herrschaft zu hören. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an. Das ist das alte Haus und heißt deinetwegen an.“

„Das ist das alte Haus“, sagte der kleine Lord

sich unter der schamhaften Bezeichnung der Blamfähigkeit verhehlt. (Lebh. Beifall h. d. Dem. und rechts, Appl.-Rufe links.) Wir lehnen aber auch das veraltete Manuskript ab. Wo die Entscheidungen der Regierung mit den unseren übereinstimmen, werden wir mit ihr zusammengehen. Die Regierungsentscheidung in der Friedensfrage werden wir ablehnen und beim Vertrauensvotum Stimmenthaltung üben. Wir wollen in Liebe zu unserem Volke, im Vertrauen auf seine unerschöpfbare Kraft und auf seinen Vertrauen auf eine ewige Gerechtigkeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf freier Grundfläche arbeiten. (Lebh. wiederholte Beifall h. d. Dem.)

Graf v. Pofadowsky (Dt.-nlk.):

Vor den Toren steht der Feind und im Innern zeigen sich bedenkliche Auflösungserscheinungen. Bisher ist der Regierung die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit des bürgerlichen Lebens nicht gelungen. (Sehr richtig!) Deshalb haben wir zu der Regierung kein Vertrauen. Mit der Annahme des Friedensvertrages werden unzählige Generationen unseres Volkes dem Elend preisgegeben. Das lebende Geschlecht muß daher den Todestod mit sich bringen, die gegenwärtigen Folgen zu ertragen, um die Zukunft zu retten. Man will uns zu einem Selbstmord machen. Der Redner bespricht ausführlich die einzelnen Vertragsbestimmungen. Wir lehnen diesen ungeheuerlichen Vertrag ab. Wer ihn unterschreibt, bekennt sich zu seinem Inhalt. Wir glauben an die Auferstehung des deutschen Volkes. Präsident Fehrenbach: Der zweite Antrag lautet: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.

Ministerpräsident Bauer:

Graf Pofadowsky hat sich mit Unrecht gewandt, daß die Regierung, ehe sie etwas geleistet hat, ein Vertrauensvotum verlangt. Der Graf hat übersehen, daß § 3 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vorschreibt: „Die Reichsminister bedürfen für ihre Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.“ Wir verlangen also

keine Vorstufungsbeseren,

sondern nur die Erfüllung einer verfassungsmäßigen Pflicht. Den Schutz der Deutschen in den Ostmarken, den Graf Pofadowsky fordert, wird die Regierung mit allen Kräften sicherstellen. Wir führen uns nicht mit anderen Landesleuten, auch wenn sie zu einer fremden Staatsangehörigkeit gezwungen werden. Im übrigen stimme ich dem Grafen Pofadowsky in seinem Urteil über die Gärten und die Undurchführbarkeit des Friedensvertrages bei. Das deutsche Volk und ich wären ihm aber außer dankbar gewesen, wenn er uns einen gangbaren Weg für die Ablehnung des Vertrages nachgewiesen hätte. (Beifall.)

Hg. Haase (U. S.):

Auch nach den Abänderungen entspricht der Friedensvertrag nicht unseren Grundgedanken. Wir nehmen ihn aber an unter dem Druck der zwingenden Gewalt. Wenn er trotz aller Anstrengungen nicht erfüllt werden kann, müssen sich die Gegner eben damit abfinden. Die Ablehnung würde den sicheren Ruin bedeuten. Das verhandelt wir den Kriegsheern. Mit der Behauptung, die Revolution habe uns wehrlos gemacht, wollen sich die Schuldigen nimmern beden. An den beiden Punkten der Schuld am Kriege und der Auslieferung der Schuldigen darf der Vertrag nicht scheitern. Wir vertreten den Standpunkt, daß man

nicht mit Moskauer Methoden

internationale Verhandlungen führen kann. Wir sind mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden, verlangen aber von der Regierung unser Vertrauen. Wir brauchen den sofortigen Frieden, um den Wiederaufbau beginnen zu können. Deshalb halten wir eine Antwort ohne die erwähnten Vorbehalte für die richtige. Es wäre töricht, auf die Weltrevolution zu rechnen. Sie ist aber dennoch unauflöslich, aber es geht nicht so rasch wie wir wünschen. Wir haben aber die Zuversicht, daß dieser Friedensvertrag auch die Solidarität des internationalen Proletariats hoch einmal abgeändert wird und dem Entente-Kapitalismus, der mit diesem Vertrag den Sozialismus niederzwingen will,

Verantwortung des Proletariats.

Von Maxim Gorki.

Viele von dem, was Gorki in der „Kowaja Schin“ in Tagen halboffener Parteifreiheit an die Proletarier seines Landes richtete, bleibt eine dauernde und immer wieder nächste Mahnung. Im Dezember 1917 schrieb Gorki folgende Sätze:
Die Arbeiterklasse hat unter Aufwand sozialer Energie auch ihre gebildete Schicht geschaffen — lauter kleine Weber, denen die Rolle der wahren Führer der Arbeiterklasse und der echten Vertreter von deren materiellen und geistigen Interessen zukommt.
Die Arbeiterintelligenz hatte es selbst unter den schwersten Bedingungen des Vorkriegsstandes verstanden, ohne sich zu schämen und täglich ihre persönliche Freiheit aufs Spiel zu setzen, mit Ehrerfolg für den Endzweck ihrer Ideen zu kämpfen, indem sie in die dunkle Arbeitermasse das Licht des sozialen Selbstbewußtseins trug, und ihr die Wege zur Freiheit und Kultur zeigte.
Einst wird die leidenschaftlose Stimme der Geschichte der Welt verklingen, wie groß, wie heldenhaft und wie erfolgreich die Arbeit der proletarischen Intelligenz seit dem neunziger Jahren bis zum Beginn des Weltkrieges war.

Der verdamnte Krieg hat Gehirnaufgaben der besten Arbeiter getötet und sie in den Werkstätten durch Deute ersetzt, die zur Munition abgegangen sind, nur um sich der Munition zu entziehen. Es sind politische unweisse Menschen, denen die Psyche des Proletariats und das demütigen Proletariats innerwohnende Wehweh, eine neue Kultur zu schaffen, fremd sind. Sie sind

weisen wir zu: Ihr hemmt uns, aber Ihr zwingt uns nicht!

Ministerpräsident Bauer:

Der Hg. Haase hat erklärt, die Regierung habe eine Moskauerpolitik betrieben, weil sie einmal gelagt hat, der Friedensvertrag sei unannehmbar. Von Moskauerpolitik verließen alle Mitglieder der vergangenen Regierung nicht so viel wie der Hg. Haase. (Große Heiterkeit.) Wer trägt denn die Schuld, wenn die Entente an das Unannehmbar nicht glaubt? Die unabhängige Sozialdemokratie (Lebhafte Zustimmung.) Denn sie hat fortgesetzt geschrieben: Der Vertrag muß unterschrieben werden! Jeder vernünftige und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter weiß, daß das Verhalten der unabhängigen Sozialdemokratie frevelhaft gewesen ist, denn wenn ich überhaupt verhandeln will, womit ja auch die Unabhängigen einverstanden waren, dann darf ich nicht vorher erklären: Ich unterschreibe, auch wenn ich nichts erreichen werde. (Beifall.)

Hg. Kahl (D. Vpt.):

Wir lehnen diesen Frieden ab und verweigern der Regierung unser Vertrauen. Die erste Prüfung und Leidenzeit nach der Ablehnung des Vertrages hätte das deutsche Volk aushalten müssen. Die Forderung der Auslieferung des deutschen Reiches ist eine Schamlosigkeit. Der Vertrag vernichtet unsere Zukunft und ist deshalb unannehmbar. Nach der Annahme eines Schlußantrages erfolgt namentlich die Abstimmung über die vorliegenden Entwürfe.

Staatskommissar Höpffing (Soz.):

Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Gebietsteile, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären: Wir erheben vollstimmig unsere Stimme, um in leidenschaftlichster Weise gegen die Losrennung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben. In uns brennt sich alles auf gegen die furchtbare Notwendigkeit eines sogenannten Friedensvertrages, das den inneren Zwiespalt und den dauernden Ruin in unseren Gebieten heimlich machen wird. Um aber unsere Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer, blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutigem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und die Männer und Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung gewählt haben, deutsch sind und deutsch bleiben werden. (Lebhafte Beifall.) Wir werden auch unter Leben lang die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die durch das Wachtwort eines kurzzeitigen und hoffentlich erfüllten Sieges die von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterlande zurückfinden werden. (Erneuter Beifall.) Wir gründen unsere Hoffnung auf den Sozialismus (Lachen rechts) auf den Völkerbund (erneute Lachen rechts), der alle Nationen gleich macht und zum Zwecke der Verbrüderung die Welt umfassen und wieder gutmachen wird, was die von Völkerverweigerung und nationalem Haß erfüllte Gegenwart uns antut.
Diese Erklärung ist unterschrieben von den sozialdemokratischen Abgeordneten der Provinzen Westpreußen, Ostpreußen, Sauerland, Oberschlesien, Posen und Schlesiens-Großpolen.

Hg. Nießer (Dt. Vpt.):

Wenn wir keine Auslegung für die zweite Fassung des Antrages der Mehrheitspartei erhalten, dann entscheidet die juristische Auslegung und die würde dahin lauten, daß die Unterzeichnung des Vertrages ohne Vorbehalt erfolgt. (Hört, hört! rechts, Unruhe links.)
Die Regierung gibt keine weitere Erklärung ab.
Der Friedensvertrag wird mit 237 gegen 153 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Zentrum, Unabhängige und acht Demokraten.
Der Vertrauensantrag wurde mit 236 gegen 55 Stimmen, bei 68 Enthaltungen (der Demokraten) angenommen. Die Unabhängigen stimmen gegen die Regierung.
Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.
Schluß 5 Uhr.

beseitigt, um jeden Preis und selbst als möglich ein persönliches Wohlbefinden zu erringen. Die Menschen sind organisch unzufrieden, die Ideen des reinen Sozialismus anzunehmen und im Leben zu verwirklichen.

Der Rest der vom Weltkrieg und Vorkriegsverfälschten Arbeiterintelligenz ist nun in den engen Ring einer Masse von inner physisch fremden Menschen geraten, von Menschen, die zwar die Sprache des Proletariats sprechen, aber nicht wie die Proletarier fühlen; von Menschen, deren Stimmungen, Bestrebungen und Handlungen die heilere obere Schicht der Arbeiterklasse der Schande und der Vernichtung preisgeben.

Die aufgewecktesten Instanz dieser jüngeren Klasse haben in den Verändern eines rein soziologischen Anarchismus ihre Sprachrohr gefunden. Dies Führer eines toll gewordenen Selbstherrtums demokratischen nun, wie wir sehen, die bürgerliche Lehre von Grund und nicht die Ideen von Marx, verbreiten den Geist des Pugatschow-Aufstandes (einer blutigen Erhebung gegen Autokratie, Beamte und Geistliche, geleitet von dem Häupter Pugatschow 1773) und nicht des Sozialismus und wollen alles auf ein moralisch und materiell gleich bürgerliches Niveau herabziehen.
Es ist schwer und schmerzhaft, darüber zu sprechen; man muß es aber sagen, weil für den Unglück und die Schande, die von einer dem Klassenbewußtsein fremden Gewalt verübt werden, dieses selbe Proletariat sich zu verantworten haben wird.

Was aber Arbeit.

Wasser-Zurückschiffe in Bergungswesen. „Daily News“ teilt jetzt Näheres über die von der englischen Admiralität erbauten „Rope Ships“

Schlesien und Posen.

Was wir schon immer forderten.

Schwere Anklagen gegen Herrn Landrat von Schampius wurden in einer am Sonntag stattgefundenen Vollversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Bürgervereine des Landkreises Görlitz erhoben. Der Referent über das Thema „Schampius mit der Kreispolitik einverstanden sein, und welche Mittel sind zur Abänderung zu ergreifen?“, Herr Schriftführer Vatt aus Rauschwalde, war der Ansicht, die auch von der Versammlung geteilt wurde, daß die Kreispolitik nach der Revolution vollständig verlagert habe. Ein demokratischer Geist herrsche auf dem Görlitzer Landratsamt noch nicht. Der Herr Landrat habe gegen die Arbeitervereine eine Abneigung, den industriellen Arbeitern habe er das Recht, dem Kreisrat — Kontrollorgan des Kreises Görlitz — anzugehören, abgelehnt. Auch in der Lebensmittelfrage liege nicht im geringsten im Interesse der industriellen Bevölkerung gearbeitet worden. Ja, es habe sogar den Anschein, als ob man in den Landkreisen Görlitz nicht soviel Auslandswaren hinführen lassen wolle, denn sonst könne ja der Schleichhandel eingebremst werden. Zur erfolgreichen Bekämpfung des Schleichhandels unterlasse es Herr Landrat von Schampius ebenfalls, hilfreiche Hand zu bieten. Jedem selbständigen Vorgesetzten der Arbeitervereine der Landrat Widerstand entgegen. Wegen den Arbeiterrat Rauschwalde habe der Landrat sogar ein Verfahren eingeleitet wegen ungesetzlicher Beschlagnahme, dabei hat der betreffende Arbeiter eine Menge Geldes gut sicherstellen können. Das Vertrauen der zusammenfassenden Bevölkerung des Landkreises Görlitz bestehe Herr Landrat von Schampius nicht mehr. Von einem Vorgehen gegen Herrn Landrat von Schampius wurde abgesehen; es soll zunächst die Arbeit des neuen Kreisrates und des Kreisratsschusses abgewartet werden. — Zum Schluß der Versammlung wurde folgende Entschließung, die an die Reichsregierung geschickt wird, einstimmig angenommen.
Der Vorstand der am 15. Juni 1919 tagenden Vollversammlung der Arbeiter-, Bauern- und Bürgervereine, sowie Ortsvereine des Landkreises Görlitz erkläre die Reichsregierung, sofort ein Gesetz herauszugeben, durch das Schleichhändler, Käufer sowie Verkäufer, nicht mehr mit Geldstrafen und Gefängnis, sondern mit Rußstrafen zu bestrafen sind. Dadurch vermindert sich die heutige Verarmung allein das Abschreckungsmittel gegen den Schleichhandel.
Was wir schon immer verlangten: Zucht ohne Annerkennung. Das würde helfen.

Nur ja nicht zu schnell.

Aus Krankenlein wird uns folgendes geschrieben:
Die Angestellten des hiesigen Kreis-Ausschusses sind vor beinahe zwei Monaten bei dem Vorstehen des Kreis-Ausschusses um eine geringe Gehaltserhöhung von durchschnittlich 50 bis 60 Mark vorstellig geworden, da die jetzt bezahlten Gehälter im Durchschnitt 120 Mark monatlich der heutigen teuren Zeit nicht mehr entsprechen.
Der Herr Landrat beabsichtigt zwar bei Überreichung der erbetenen Gehaltsaufträge wohlwollende Prüfung mit dem Bemerkten, er stehe der Sache sehr sympathisch gegenüber.
Außerdem erboten die Angestellten nicht die ganze, sondern nur 60—80 Prozent der staatlich gezahlten Teuerungszulage, die schon seit langer Zeit bei allen Behörden und Kommunalverwaltungen gezahlt wird.
Mit heute ist aber nichts weiter erfolgt, als lächerliche Versprechungen, weil die Kreis-Ausschüsse die über die Gehaltserhöhung zu beraten hat, erst am 1. Juli zusammentritt. Ist das nicht ein Loh? Ein Festschreiben über eine Kreis-Ausschüsse und der Ausschuss ist vergeblich. Der selbe Ausschuss wird nicht abgemagert, wenn er etwas schnelleren Gang einzunimmt.
Die Gehaltserhöhung für die Angestellten soll doch keiner der maßgebenden Herren aus seiner Tasche bezahlen.
Die gerechtfertigte Forderung unserer Kreis-Ausschüsse wird es verkehren, wenn wir uns nach trüchlerischem Warten mit unserer bescheidenen Forderung an die Öffentlichkeit wenden.

U-Booten im Kriege vertrieben Handelsschiffe zu haben. Jedes dieser Schiffe, von denen tausend gebaut werden sollen, kostet etwa zehnhundert Millionen Mark. Nach der Behauptung sollen diese Schiffe aus vier Lagen Holz bestehen, mit breitem Unterbau in Form eines Schiffsrumpfes. Sie sollen in Schichten in die Höhe, die nach oben an Größe abnehmen. Die oberste Schicht liegt mehr als hundert Meter über der Grundfläche. Jede Schicht ist aus zelluloseartig aneinandergeklebten Betonblöcken erbaut, um dem äußeren Druck zu widerstehen, im Inneren aber hohl. Durch wasserdichte Ventile kann der Hohlraum mit Wasser gefüllt und durch Pumpen entleert werden. Diese Betonrumpfschiffe, die keine eigenen Maschinen besitzen, werden paarweise an den Ort des gesunkenen Schiffes geschleppt. Bei ruhigem Wetter wird der Hohlraum mit Wasser gefüllt und das Schiff verankert, eins an jeder Seite des gesunkenen Schiffes. Taucher stellen sie an das Wrack, das Raifer wird auf dem Hohlraum gepumpt, die Leuchtbojen setzen und ziehen das Schiff mit sich herauf. Wie man sieht, ist dies Schiffschiff nicht eine der geheimnisvollen Erfindungen, sondern bereits einem schon lange bekannten Grundgedanken. Dieser Gedanke ist die Idee, einen großen Schwamm zu bauen, der mit Wasser gefüllt, verankert, und an dem zu sinkenden Schiff befestigt werden kann. Dann können die Taucher gehen und haben das Schiff gezogen, bis es an die Oberfläche ist. Man ist nur die Anwendung von diesem Gedanken für diesen Zweck, dann wird die Schiffschiffform, worauf eine schwebende Plattform merkwürdig macht, bereits früher angewandt worden. Schon vor Jahren konnte man solche Schiffe im Ozean bauen. Diese Schiffe sind für eine schwebende Plattform geeignet, die bestanden aus mächtigen Eisenblöcken in Form von Säulen, die mit Wasser gefüllt sind. Diese Schiffe sind

Strehlen. Das Kriegswohnungsamt des Kreises Strehlen wird von einem Herrn Hauptmann a. D. von Laaben geleitet. Dieser Herr scheint seine Anschauungen dem Archiv eines Altertumsamuseums entnommen zu haben. Er erklärte im Beisein eines Wohnungsamtschiffes folgendes: Bis jetzt sind von Kreise Strehlen nur 15 Anträge, die Wohnungsfrage betreffend, eingegangen. Es lohnt sich behalbs nicht erst, andere Maßnahmen zu treffen, eventuell Wohnungen zu beschlagnehmen, da la dadurch nur die Verlierer unruhig gemacht würden. Es ist schon besser, wir handhaben die Sache so wie bisher, dann werden sich die Verlierer schon selbst Wohnungen besorgen. Übrigens ist es bei der jetzigen hohen Jahreszeit auch gar nicht so schlimm, wenn eine Familie einmal im Freien kampiert. Dieser Hauptmann scheint die „Unnehmlichkeiten“ des Privatlebens nur von einer Seite kennen gelernt zu haben, zu denen leider die Vorstellung fehlt. Aber da er dem Zigeunerleben so viel Schöne abgesehen hat, vermag, so mag er den Anfang damit machen und seine Wohnung einer ebdachlosen Familie zur Verfügung stellen.
Ladung. Warnung vor einem Schwindler. Vor einigen Tagen besuchte den hier im Orte wohnhaften Herrn Hermann ein junger Mann, der sich als Bekannter eines in englischer Gefangenschaft befindlichen Sohnes ausgab und Herrn Hermann über das Befinden seines Sohnes Auskunft gab. Der extreme Vater bewies keinen mit guten Nachrichten auszustellenden Besuch, so gut es seine Verhältnisse zuließen, um einige Tage später zu erfahren, daß er einem Schwindler in die Falle gegangen war. Der betreffende Schwindler nannte sich Schröder; er ist mittelgroß und hinkt auf dem rechten Beine. Es wird vor ihm gewarnt.

Deutsche D. Abgeschlossene Tarifverträge in Spektationsgewerbe. Mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande ist für den oberschlesischen Industriebezirk ein Kollektivvertrag für die gesamte Spektion und das Zuhilfenahme abgeschlossen worden. Für Katibor und Oppeln wurden für das dortige Spektionsgewerbe ebenfalls Tarife gefestigt. Die Aufbesserung der Löhne beträgt gegen früher 50 bis 100 Prozent.

Eingeladene.

Hierbei werden diejenigen, die die Redaktion der Zeitschrift „Die Arbeiter“ unterstützen, eingeladen.

Knockout-Schreiber

von Eingeladeten werden hiermit wiederholt darauf hingewiesen, daß ihre Artikel unter keinen Umständen aufgenommene werden. Wer Mitteilungen geben will, muß auch den Namen, seinen Namen und Wohnort der Redaktion mitteilen. Außerdem muß die laufende Abonnementsquittung beiliegen.

Briefkasten.

Allen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von geliebten) wird eine Beantwortung zugesagt. Beantwortungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von der Redaktion. Die Redaktion hat die Möglichkeit, die Beantwortungen zu kürzen.
1. In Frankfurt. Sie müssen sich auf der Post befinden, aber auf dem Postamt anzufragen, wie Sie nicht wieder mit der Behörde alles beschreiben.
2. In P. Ihren Brief zur Unterfertigung haben Sie nicht erhalten, aber wegen Unannehmlichkeiten können Sie an Generalkommando in Dresden 2, P. 10, schreiben.
3. In Dresden. Gehen Sie zu den Redaktionen der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ und bitten Sie an den Generalstab Dresden, P. 10, zu schreiben.
4. In Posen. 1. Die Redaktionen der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ erhalten auch die Beantwortungen, auch die ungeschickten Leser, deren Briefe einbezogen sind und zwar bis zum Ende der nächsten Ausgabe, nicht von Dresden. 2. Die Redaktionen der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ erhalten auch die Beantwortungen.
5. In P. 1. In die Redaktion der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ gehen die Beantwortungen, auch die ungeschickten Leser, deren Briefe einbezogen sind und zwar bis zum Ende der nächsten Ausgabe, nicht von Dresden. 2. Die Redaktionen der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ erhalten auch die Beantwortungen.
6. In P. 1. In die Redaktion der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ gehen die Beantwortungen, auch die ungeschickten Leser, deren Briefe einbezogen sind und zwar bis zum Ende der nächsten Ausgabe, nicht von Dresden. 2. Die Redaktionen der „Kriegszeit“ und der „Kriegszeit“ erhalten auch die Beantwortungen.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with 10 columns: Name, Ort, Wasserstand, etc. Includes entries for various locations like Dresden, Leipzig, etc.

Advertisement for 'Die Arbeiter' magazine, including subscription information and contact details for the editorial office.

Stadt-Theater.
 Sonntag 7 Uhr:
 Die Götter.
 Dienstag 7 Uhr:
 Die Götter.
 Donnerstag 7 Uhr:
 Die Götter.

Kabe-Theater.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Challis-Theater.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Der gute Ruf.

Schauspielhaus.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Liebig
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Nelsons
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Viktorien-Theater.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Kabarett
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Central-Theater.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Central-Theater.
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

DK

Lichtspiel-Theater
 Friedrich-Wilhelm-Str. 35.
 Direktion: Ernst Elean.
 Sesseltänzer, Erstaufführung!
Das Opfer des Japaners.
 5 große Akte.
 nach der japanisch-europäischen Liebes-Tragedie.
Die Geisha u. der Samurai.
 Aus dem Inhalt:
 In den Krallen des Asiaten! Entführt. Im Japan. Lasterwelt. Mord im Morphinparadies. Im Variété. Eine lebensgefährliche Nummer. Vom Messer getroffen. Von der Menge gegelacht. Endlich befreit.

Johannes Riemann
 der Hauptdarsteller v. „Veritas vincit“
 und
 Eva, Tochter der Mia May
 in dem faszinierenden großen Liebesroman
Vom Bürofräulein zur Millionärin
 oder
Wahre Liebe kennt kein Hindernis.
 Beginn pünktlich 4, 6, u. 8 Uhr.
 Einlaß 1 Stunde vorher.

ZEPTEKINO
 Freitag bis Montag:
Maria Widal!
 Die Arbeitshaus-Alma
 oder:
 Das Gift im Weibe
 Ein Menschenschicksal aus vorantiker Zeit
 300 Szenen.
 Außerdem:
Hella Moja!
 Die Stimme des Schweigens
 oder:
Sie und Er
 150 Szenen.
 Sonntag ab 2 u. 3 Uhr:
Kinder-Festspiele.

Luna-Lichtspiele
 an der Liebigstraße
 Täglich ab 7 Uhr:
 Der Schatz der Indin
 oder:
 Der letzte Feind
 Aussehen erregender Detektivfilm in 6 großen Akten. Sei best in der Besten.
Papas Junge
 Opa's Liebling
 in 3 groß. Akten mit Richard Alexander
 Heute fest
 1000 Szenen

Central-Theater
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Central-Theater
 Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
 Die Götter.

Dominikaner.
 Einzige Volks-Variété
 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr Konzert.
7 1/2 Leipziger Sänger
 vornehmste Herren-Gesellschaft.
 Jedes Mittwoch gegen 10 Uhr Fam. Vorstellung.

Fürstentum-Brotli
 Gartenstraße Nr. 79.
 Altshändelt:
 Die Bretti-Prinzeß
 Kriminal-Lustspiel.
 Walter Dittloff
 mit seinem Schläger:
 Wie Friedensverhandlungen zu Versailles.
 Eintritt 2 Mk. Beginn 8 Uhr.

Eden-Theater
 Nikolaistr. 27
 Täglich
 Erstaufführung in Breslau!
 Sensationeller Kulturfilm!
Gefahren der Straße.
 Der gewaltigste, soziale Aufklärung- u. Wernungs-film aller Zeiten.
 In den Titrollen
 Leopoldine Konstantin
 Rosa Valetti
 Oskar Ludwig Brandt
 Noch nie dagewesen!
 Die Lieblinge d. Kinoszenographie
Mia May und
Lothar Neumann
 in d. spannenden Kriminaldrama
Retten der Vergangenheit
 Einlaß 1/2 4 Uhr.

Druckerei
Schenkalsky
 BRESLAU
 Gartenstr. 19.
 Papierwaren
 für
 Gastwirte
 Bedarf

Freie Ruder-Vereinigung Breslau.
 Sonnabend, den 28. Juni 1919 110100
Großer Sommernachtsball.
 in Dräners Festsaal, Gabisstraße 20.
 Kartenverkauf: Gewerkschaftshaus am Bässelt.

Wiesnergarten Carlowitz Inhaber: Georg Otm.
 Jeden Dienstag von 4 Uhr ab:
Rührl.-Frei-Konzert
 bei jeder Mitternacht. 10111
 Für gute Speisen u. Getränke ist best. gesorgt.
 D. O.

„Bergkeller“ Inhaber: Otto Biedermann.
 Morgen Dienstag:
Kavalier-Kränzchen.
 Volles Elite-Orchester. Neueste Tänze Fox-Trot usw. Anfang 4 Uhr. 8898
 Es ladet ergebenst ein Frits Mücke, Kapellm.

Reichshallen
 Schultheiß-Ausschank 10008
 Neue Schweltditzerstrasse 16
 Heute Montag, den 23. Juni
Grosses Konzert
 des Breslauer Tonkünstler-Orchesters
 unter Leitung seines Dirigenten Herrn Béla Neumanovic.
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 35 Pfg.

Kammer-Lichtspiele
 Aufsehen erregendes Meisterwerk
Marla Widal
 in
Rosen, die der Sturm entblättert
 Der Roman ein. Mädchenfreundschaft 6 Akte
 dazu 9948 das größte Kanonen-Spiel mit
Lisa Weise
 in
Amalie 45 Mk.
 der tollste Riesenschwank in 5 Akten.

Cosel
 Zur Heinrichsburg
 Inb.: Wallfelder.
 Jeden Dienstag u. Sonntag:
Tanz

Solide Möbelpreise.
 Bürgerliche Schatzkammer, Wohnzimmer, einzel. Möbelstücke, neuzeitl. Kücheneinrichtungen, einzelne Küchenschränke, best. Ware zu billigerem Kassapreis, bei erleichterten Zahlungsbedingungen, evtl. Teilzahlung.
Gebr. Buchmann
 Fischergasse 2!

Stoffe mit Futter
 zur Anfertigung eleganter Herrngarderobe werden unter Garantie guten Erfolges angenommen.
E. Dresels Handelsgesellschaft, Ring 57
 kein Baden! 10082

Stoff und Zutaten
 zum Anzug oder Paletot
 zum Anzug oder Paletot
 8424
Parfumer & Strümpfer
 Ohlauerstr. 37
 Elegante Maßanzüge in Friedensstoffen und Zutaten sehr preiswert.
Wenden von Herren-
 Kleidung, Umarbeiten, Modernisieren in anerkannt bester Ausführung

Achtung! Gewerkschaftsgenossen.
 Durch das freundliche Entgegenkommen der Ausstellungsleitung für Geschlechtskrankheiten hat das Gewerkschaftsamt folgende Vereinbarung treffen können.
 Der Eintrittspreis beträgt pro Person 20 Pf. (sonst 50 Pf.) Am 23., 24. und 25. Juni 1919, haben jeden Abend 7 Uhr Vorträge durch Ärzte statt.
 Billets dazu sind in allen Gewerkschaftsbüros zu haben. Die hohe Bedeutung der Ausstellung für die Erhaltung der Volksgesundheit macht einen starken Besuch unbedingt notwendig.
Der Kartellausschuss.
 9979

Krocker's Konzerthaus
 Weibendamm
 Morgen Dienstag:
Breslauer Tonkünstler-Orchester
 Dir. Béla Neumanovic.
 Anfang 4 1/2 Uhr. 9986

Henkner's Festsäle „Morgenaus“
 Morgen Dienstag:
Groß-Tanzkränzchen
 Sonnabend: Vereinsvergügen
 Anfang 3 Uhr. 9809

Berthold Gensert
 Klosterstraße 42
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von
Glas-, Porzellan-, Steingut- und Krystallwaren.
 Großer Posten Einlegegläser in allen Größen

Blusen
 neu, verblichene oder beschmutzte Blusen, werden, ohne aufgetrennt oder gereinigt zu sein, in den schönsten Farbtönen bemalt resp. gekatirt und dadurch
so schön wie neu.
Albert Fuchs, Schweltditzerstr. 49.

Für Frisöre, Haarschneide-, Friseur- und Staubkämme
 Haarschmuck in größt. Auswahl
NEUHEITEN
Finkelstein & Co.
 G. m. b. H.,
 Breslau 4, Karlsruherstr. 9/10
 Großhandels-Spezialhaus für Haarschmuck und Kämmen, Toiletten, Seifen, Parfüm, Rasier

Voranzeige!
 Sonntag, den 29. Juni, nachmittags von 4 Uhr ab im
Schießwerber
Sommerfest
 d. Sozialdemokratischen Vereins Breslau.
 Mitwirkende:
Konzert, ausgeführt von der Orchesterkapelle des Herrn Handke.
Singspartien, ausgeführt von Frauen- u. Mädchenchor „Frohlich“, unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Vogel.
Tanz im Saal.
 Kinderspiele und Kinderbelustigungen aller Art.
 Unterhaltungen all. Art für Erwachsene.
 Eintritt 50 Pf. Kinder 10 Pf.
 Um zahlreichen Besuch bitten
 9938 Der Vorstand.

Schlesische Ruder-Regatta.
 Sonntag, den 29. Juni, nachm. 3 Uhr,
 Montag, den 30. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr,
22 Rennen
 72 Boote mit 285 Rudern 9989
 aus Berlin :: Breslau :: Bielefeld :: Bromberg
 Glogau :: Regensburg
 Eintritt für beide Tage 7 Mk., Vorverk. 3 Mk., für einen Tag 4 Mk., Vorverk. 3,50 Mk. bei Barasch und Zigarrenhandlg. Arnold, Jęglorz.

Gegen Grippe mit Magenbeschwerden!
Echter China-Bitter
 - 35% Kräuterinktur. - 3983
 Die Originalflasche Mk. 6.50
 Destillation
Krautersonne
 Sonnenplatz
Kognak - Liköre - Weine
 Flaschenverkauf und Ausschank
 Biere - Brunnen - Selter - Limonaden - Essig
 Zigaretten- und Zigarren-Verkauf

Schicke Herrenkleidung
 nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider werden und umarbeiten. Telefon 1507. 7158
Militär-Mäntel
 werden bei uns in toller Ausführung zu kleinen Preisen gefertigt oder älter umgearbeitet. Eilige Bestellungen binnen 3 Tagen. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneiderwerkstatt, Ernststr. 2.

Ueberzeuge Dich
 daß eine schöne
moderne Wohnungseinrichtung mit Küche
 bestehend aus: elegantem Schrank und Vertiko, 2 Betten mit guten Patent- und dreiteiligen Aufklappmatten u. Kellerräumen, 1 Tisch, 4 Stühlen u. kompl. Küche, bestehend aus 1 offenbeinlaktiert. eleg. Küchenbüfett, 1 Tisch, Rahmen, Bank, 2 Stühlen und Handtücherhalter.
nur Mk. 1500,- kostet.
 Weissenburger Straße 9 im Laden,
 Möbel-Groß- und Kleinhändler
Knott & Co. Telefon 10805

Achtung!
Neue Damenschneiderei-Nähmaschinen
 werden jetzt, um das Lager zu räumen, zu
 allerbilligsten Preisen von 350-300 Mk.
 verkauft; nur erstklassige Ware.
Jubt, Nikolaistr. 65, I. Etg.

Rückgrat-Verkrümmung
 ihre Behandlung
System Haas
 Hochinteressante Broschüre mit zirkul. 50 Abbildungen zu beziehen gegen Einsendung von Mark 1,- von
Franz Menzel
 Breslau II, Casparstr. 3

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Juni.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Samstag, den 29. Juni, von nachmittags 4 Uhr, im Schießwerder Sommerfest

des Sozialdemokratischen Vereins, bestehend aus Konzert, Gesang, Kinderbelustigungen und Unterhaltungen für Erwachsene. Für die tagelange Jugend steht der große Saal zur Verfügung. Eintritt für Erwachsene 50 Pf., Kinder 10 Pf. Langstrecken 1 und 2 Mark.

Die Genossinnen und Genossen werden um zahlreichere Beteiligung ersucht. Programme bei den Bezirks- und Bezirksführern, in der Volkswacht und im Zimmer 26 des Gewerkschaftshauses. (Siehe Inserat) Der Vorstand.

Ein Wohnungs-Kommissar für Breslau.

Was die Breslauer Arbeiterschaft schon lange mit Nachdruck forderte, war die Schaffung einer Stelle, die bei Bekämpfung der Wohnungsnot mit größerer Machtbefugnissen ausgestattet sein muß. Dem neuernannten Wohnungs-Kommissar sind Befugnisse erteilt, die die Billigung der Arbeiterschaft, insbesondere aber diejenigen sind, die bisher in engen, finsternen Kellern ihre Dasein fristen mußten, während andere Räume im Überflusse hatten. Bislang kann die Wohnungsnot aber nur bekämpft werden, wenn das freie Verfügungsgewalt über die Wohnung des Einzelnen aufgehoben wird. Das ist geschehen. Von heute an hat also kein Inhaber einer Wohnung mehr das eigene Verfügungsrecht über dieselbe. Im übrigen erhält der Wohnungs-Kommissar folgende Befugnisse:

1. Sämtliche Wohnungen und sonstige bewohnbare Räume sowie Geschäfts- und Betriebsräume in Breslau werden der Aufsicht des Wohnungs-Kommissars unterstellt. Sie sind damit der freien Verfügung der Vermieter und Mieter entzogen.

2. Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes schließen, bezüglichen können bis zum 1. April 1920 Vermieter von Wohnräumen ein Mietverhältnis mit einem neuen Mieter rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes eingehen.

3. Von größeren Wohnungen, gleichgültig ob sie von Familien oder alleinlebenden Personen benutzt werden, werden den Inhabern nur die auf Grund der Prüfung an Ort und Stelle für notwendig festgestellten Räume überlassen. Die übrigen Räume werden ohne Rücksicht auf räumliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit beschlagnahmt und nach Bedarf für Wohnungsklose verwendet. Dasselbe gilt von Geschäfts- und Betriebsräumen, die für den Betrieb nicht unbedingt erforderlich sind, sich aber zu Wohnräumen eignen.

Der Wohnungs-Kommissar ist außerdem ermächtigt, auch solche für Wohnzwecke nicht geeignete Räume für Kellern, Lager- oder sonstige Zwecke in Anspruch zu nehmen, wenn hierdurch der Wohnungsnot gesteuert werden kann.

4. Die freigegebenen Räume werden auf Grund genauer Prüfung des Bedarfs ohne Ansehen der Person vom Wohnungs-Kommissar verteilt.

5. Es wird verfügt, Kellern nur in öffentlichen Gebäuden und in sonst zu Wohnzwecken ungeeigneten Räumen unterzubringen. Auch die Kellern sollen möglichst Wohnzwecken dienlich gemacht werden.

6. Für Flüchtlinge werden nur Massenquartiere zur Verfügung gestellt werden können.

7. Die dringlichen Beschäftigungen werden sofort durch eine größere Anzahl von Kommissionen in Angriff genommen werden, die sich aus Sachverständigen und Vertretern der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft zusammensetzen.

8. Alle übrigen gesetzlichen Bestimmungen soweit sie nicht vorkonkordant absehbar sind oder sonstige von Behörden erlassene Bestimmungen bleiben bestehen, insbesondere die Androhung der Geldstrafe bis zu 1000 Mark bei Zuwiderhandlung.

Den Bestimmungen wird man rückhaltlos zustimmen können. Sie entsprechen den aber lange gedauerten Wünschen aller derjenigen, die unter der Wohnungsnot bisher am schwersten zu leiden hatten. Wenn aber jetzt bei dem einen oder anderen, der noch übermäßige Wohnräume im Besitz hat, scharf zugegriffen wird, dann hat er sich selbst zuzuschreiben, denn an Warnungen hat es wahrlich nicht gefehlt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird den Machtbefugnissen, die dem Wohnungs-Kommissar erteilt werden, zustimmen. Offenlich entschließt sie sich aber auch, an Stelle der angeordneten Geldstrafe bis zu 1000 Mark eine bedeutend höhere oder entsprechende Gefängnisstrafe zu setzen.

Ein Streik der städtischen Arbeiter?

Eine überfüllte Versammlung der in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm am Sonnabendabend im „Friedberg“ nachmittags Stellung zu den von den Arbeiterausschüssen eingelegten Anträgen auf Feuerungszulagen und Sommerurlaub. Gefordert wurde

5 Mark und ein Urlaub von 6 Werktagen für Kriegsteilnehmer nach 1/2 jähriger Beschäftigung; für alle übrigen Arbeiter je nach der Beschäftigungsdauer 3 bis 30 Tage. Nach langer, oft recht stürmischer Debatte, in der die 5-Mark-Feuerungszulage als viel zu niedrig bezeichnet wurde, gelangte ein Antrag gegen 6 Stimmen zur Annahme, worin eine Feuerungszulage von acht Mark pro Tag gefordert wird.

Da die Forderung nach einer Feuerungszulage schon vor längerer Zeit gestellt, aber noch nicht erfüllt wurde, wollte nun ein Teil der Versammlungsbesucher die Forderungen bis zum 24. Juni bewilligt wissen. Vom Vorstandssitz, wie auch aus der Versammlung wurde jedoch darauf hingewiesen, daß diese Frist zu kurz sei. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen:

Die städtische Arbeiterschaft erhebt aus dem Verhalten des Herrn Oberbürgermeisters, sowie des gesamten Magistrats eine außerordentliche Verleumdungsschrift. Die städtische Arbeiterschaft fordert bis zum 1. Juli die Bewilligung der 8 Mark täglichen Feuerungszulage, die vom 2. Juli an auszu zahlen ist und am 10. Juli beendet sein muß, sowie die Bewilligung des geforderten Sommerurlaubs. Falls sich der Magistrat bis zur festgelegten Frist nicht geäußert hat, tritt die gesamte städtische Arbeiterschaft am 2. Juli früh 6 Uhr in den Ausstand.

In einer weiteren Entscheidung wurde dann noch der Magistrat aufgefordert, in Zukunft den Wünschen der Arbeiter, wegen Entfernung arbeitserleichter Vorgesetzter unbedingt Gehör zu schenken.

In den Forderungen der Gemeinbearbeiter ist zu bemerken, daß ihr Verband mit dem Magistrat im März 1919 nach längerem Verhandlungen einen Lohnvertrag abgeschlossen hat. Dieser Lohnvertrag gilt vom 1. April 1919 bis 31. Dezember 1919 und sieht in dem Best. Löhne vor von täglich 10 Mark für ungelernete Arbeiter, 11 Mark für angelehrte Arbeiter und 12 Mark für Handwerker. Diese Löhne steigen alljährlich um 5 Pfg. für die Stunde bis zur Erreichung des Höchstlohnes in fünf Jahren.

Eine Versammlung der Arbeiter-Ausschüsse am 11. Juni beschloß: für alle städtischen Arbeiter die Zahlung eines Feuerungszulages zu schlagen von fünf Mark täglich auf die Tariflöhne, rückwirkend vom 1. April 1919, zu beantragen. Am Sonnabend haben die Arbeiter-Ausschüsse die Bewilligung einer Feuerungszulage von täglich 8 Mark, also 3 Mark mehr, gefordert. Nach den Anträgen der Arbeiter-Ausschüsse würden die täglichen Löhne vom Juli 1919 an mindestens betragen: für ungelernete Arbeiter 18 Mark, angelehrte Arbeiter 19 Mark, für Handwerker 20 Mark.

Bei etwa 5000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in allen städtischen Betrieben beschäftigt sind, würden jährlich ungefähr 19 Millionen Mark nötig sein, um allein die tägliche Feuerungszulage von 8 Mark aufzubringen. 19 Millionen Mark Mehrbelastung des städtischen Haushalts, das bedeutet eine weitere Steuererhöhung um 190 Prozent.

Streik des Personals in den staatlichen Instituten in Breslau.

Nachdem wir schon zu wiederholten Malen der Deffenlichkeit über den Stand der Lohnbewegung des Personals der staatlichen Institute - Universitätskassen, Universitätsbibliothek, Technische Hochschule, Regierung und Oberpräsidium Bericht gegeben, teigte in letzter Stunde am 21. Juni im „Löffing“ eine sehr stark besuchte Versammlung, an der Bericht der Vertreter der entgegengesetzten Parteien.

Um die Kollegen zu beruhigen, wurde am 5. Juni nach Berlin gefahren um direkte Verhandlungen mit dem Kultusministerium und Finanzministerium zu führen. Dort wurde der Kommission die Zulassung gegeben, daß die Angelegenheit „in spätestens acht Tagen erledigt sei.“ Da schon wieder vierzehn Tage verstrichen sind, ohne irgend welche Mitteilung zu erhalten, wurde am 18. Juni eine Kommission bei dem Ratonum Dr. Stimmungsbildung bestellt, um endgültige Klarheit zu erhalten. Von diesem wurde erklärt, daß von Berlin noch keine Mitteilung eingegangen sei. Ein Dringlichkeits-telegramm mit Hinweis auf Streik wurde abgeleant. Im Auftrag der genannten Kollegen-schaft erklärten die Vertrauensmänner sich nun bis Sonnabend, den 21. Juni, gehalten zu können. Unterdessen fanden am Sonnabend nachmittags Versprechungen der Dienststellen mit einigen Vertrauensleuten statt mit dem Hinweis, daß Anwendung eingegangen sei. Die gemachten Versprechungen enthalten nicht das Gewünschte, von 8 stündiger Arbeitszeit, übersehen ist Einkuppelung ist nicht zu finden. Auch seien seit Januar die Verhältnisse total verändert, die vorgezeichneten Löhne nicht mehr zeitentsprechend.

Alle Redner befürworteten, in den Streik einzutreten, um die Verwaltungen zu schnellerem Handeln zu zwingen. In einer entsprechenden Entscheidung protestieren die Versammelten entschieden gegen jede weitere Verschleppung, schicken den beteiligten Behörden und Dienststellen die Schuld der Differenz zu und beschließen einstimmig, am Montag, den 23. Juni, geschloffen in den Streik zu treten. Der Schlichtungs-ausschuss der Stadt Breslau soll alsbald angerufen werden.

Spartakus und die Wohnungsnot.

Die gestrige Versammlung der Wohnungs-Kommission wurde von den Kommunisten zu einer radikalen Demonstration in den Gewerkschaftshaus gemacht. Nur wer diesem beitrete, könne hoffen daß das Wohnungsproblem gelöst werde. Es wurde die Einsetzung einer neuen Kommission gefordert, die die Wohnungsnot bekämpfen soll. Die Kommunisten forderten die Einsetzung einer Kommission, die die Wohnungsnot bekämpfen soll. Die Kommunisten forderten die Einsetzung einer Kommission, die die Wohnungsnot bekämpfen soll.

gemacht. Nur wer diesem beitrete, könne hoffen daß das Wohnungsproblem gelöst werde. Es wurde die Einsetzung einer neuen Kommission gefordert, die die Wohnungsnot bekämpfen soll. Die Kommunisten forderten die Einsetzung einer Kommission, die die Wohnungsnot bekämpfen soll.

Noch eine Million für Notwohnungen.

Der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung liegt ein Magistratsantrag vor, weitere Mittel in Höhe von einer Million Mark zur Herstellung von Notwohnungen herbeizuführen. Eine Million Mark wurde für die gleichen Zwecke schon durch einen früheren Stadtverordnetenbeschluss bewilligt. Davon wurden bisher 952 000 Mark für 481 Kleinwohnungen freigegeben. Eine größere Anzahl von Wohnungen wird in kurzer Zeit fertiggestellt sein. Dabei sind aber die 300 000 Mark betragenden Kosten für die Notstandswohnungen in der Höhe von 500 000 Mark noch nicht eingerechnet. Da mit etwa 200 Anträgen auf Herstellung von Dach- und Kellerwohnungen zu Wohnungen, Teilung größerer Wohnungen usw. vorliegen, sind weitere Mittel dafür notwendig, die der Magistrat in Höhe von einer Million fordert.

Die neuen Stadträte.

die in der Stadtverordneten-Versammlung gewählt wurden, sind schon vom Regierungs-Präsidenten bestätigt und werden wahrscheinlich schon in der am Donnerstag, den 26. Juni, stattfindenden Stadtverordnetenversammlung eintreffen. Für die bisher aus der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion austretenden Genossen Mittel und Sigon treten als Stadtverordnete ein die Genossen Buchdruckereibesitzer Alfred Richter und Robert Koschik. Der letztere gehörte der Stadtverordneten-Versammlung schon vor seiner letzten Trennung an. Die Rentnerfraktion, die den bekannten Herrn Jeron als Stadtrat abgegeben hat (er wurde mit 36 Stimmen gewählt) erhielt als Ersatz eine Frau, die Reichstagsabgeordnete Metlich und die liberale Fraktion, die Herrn Leß für einen Stadtratposten präsentierte, erhält für diesen den Ingenieur Dietrich, der der Versammlung schon 6 Jahre angehörte. Die Zahl der weiblichen Stadtverordneten wird in Zukunft 13 betragen.

Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“.

Unser Konsumverein hat auch während der letzten dreiwertel Jahre unter dem Range sehr begehrt Artikel, wie Soda, Seife usw. geliefert. Diese Artikel sind aber in Zukunft begehrt sein. Da nach den Richtlinien des Reichsnährungsamts die Konsumvereine als Großhändler zu verstehen sind, Stadtrat Dr. Juchz hat sich zwar gegen die Verleugung des „Vorwärts“ mit allen Mitteln ausgesprochen, da verschiedene Lebensmittel, wie Getreide, Schokolade, Brot usw. bisher nur an Einzelgeschäfte geliefert werden. Gegen diese Auffassung mit der Konsumverein ganz energigig treten, machen sie alle den Artikel schon vor dem Krieg führte. Sollte jedoch alles Einwärts nicht gehen, dann wird nachvoll sein, für die gleichzeitig gegen die lokale Verleugung der Waren demonstriert werden.

Der gegenwärtige Mitgliederstand des Konsumvereins beträgt 13 357. Ausgeschloffen werden müssen 13 357 Mitglieder, die in dem letzten Jahre im Konsumverein nicht gefaßt haben. Die Rederei ist an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, so daß es unumgänglich ist, zur Reduktion zu greifen. Genosse Hoffmann betonte dann noch, daß das genossenschaftliche Interesse auch hier zu wahren ist.

Handel. Ohne daran zu denken, daß sie einen Gegner unterstützen, der sie mit dem Verzicht wieder befaßt, tragen sie ihr Geld zu den Kaufleuten. Alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen gehen in den Konsumverein. In der Aussprache wurden verschiedene Wünsche vorgebracht. Wegen der erheblich vorgebrachten Zeit mußte Genosse Winzer seinen Vortrag über Sozialisierung und die Konsumvereine beendigen. Seine trefflichen Ausführungen jedoch zeigten, daß bei Sozialisierung der großen Betriebe der Arbeiter und kleine Mann nur Vorteile haben würde. Sozialisierte Betriebe sind die Arbeitergenossenschaften, im Gegensatz zu dem alten Breslauer Konsumverein, der ein kapitalistisches Unternehmen ist, und bei dem die Käufer kein Mitbestimmungsrecht im Betriebe haben. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, der nach dem Schlußworten des Vorlesenden Todus folgte, und er den Wunsch ausdrückte, treu zur genossenschaftlichen Organisation zu stehen, und ihr immer mehr neue Kämpfer zuzuführen.

Die Oberbürgermeisterei.

Ueber die vergangene Woche schreibt der Breslauer Schiffsahrtsverein u. a.: Der Wasserstand der Oder ist in der Berichtswache weiter heruntergegangen. In und unterhalb Breslau liegen schon in größerem Umfang Fahrgänge, die tiefer als 1,50 Meter beladen sind, fest; in Breslau wurde in den letzten Tagen fleißig abgeleitet. Esel-, Ochsen-, und Pferdekarren in der Woche 241 Fahrgänge mit 50 702 Tonnen Kohlen beladen, in Appell-Hafen wurden 5488 1/2 Tonnen umgeschlagen.

Breslauer Schiffsahrtsverein.

In der zweiten diesjährigen Schwurgerichtssitzung haben folgende Strafsachen zur Verhandlung an: Am 22. Juni gegen den Wagnerschiffers Ludwig Günzler wegen Aufbruch (23 Jungen). Strafwahl am Landgericht am 12. Februar d. J. Am 24. Juni gegen den Koppelrecht Alfred Schaub wegen Urkundenfälschung. Am 25. Juni gegen den Landwirt, Kaufmann, Gutbesitzer, Volkswirt Meyer wegen Weineid. Am 26. Juni gegen den Kuchler Karl Stod wegen Raub. Am 27. Juni gegen die Wirtin Marie Gehrig Sobal aus Kempen i. P. wegen Raub. Am 28. Juni gegen den Wirtin Gustav Schuphan aus Breslau, jetzt in Breslau, wegen Raub und Fälschung und Betrug.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins hält mit den Bezirksführern und Frauenleiterinnen am Mittwoch, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im Zimmer 26 des Gewerkschaftshauses eine wichtige Sitzung ab.

Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion.

Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hält morgen Dienstag, abends 6 Uhr, eine wichtige Fraktionssitzung ab. Das Komitee.

Das Orchester des Schauspielhauses.

Das Orchester des Schauspielhauses schied am folgenden Mittwochabend in den Mitteilungen der Direktion über die Besetzung des Orchesters.

Die Besetzung des Bundes für religiöses Leben innerhalb der Sozialdemokratie.

Die Besetzung des Bundes für religiöses Leben innerhalb der Sozialdemokratie, die heute Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, beginnt um 7 1/2 Uhr.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter, die heute Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, beginnt um 7 1/2 Uhr.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter, die heute Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, beginnt um 7 1/2 Uhr.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter, die heute Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, beginnt um 7 1/2 Uhr.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter.

Die Besetzung der Familien der in Kriegsgefangenen befindlichen oder vermögungslos gewordenen Arbeiter, die heute Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, beginnt um 7 1/2 Uhr.

